



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCHIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

An das
Präsidium des
Nationalrates

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Parlamentsgebäude

1017 W i e n

Zl 2406-01/88

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl	34 - GE 988
Datum:	29. NOV. 1988
Verteilt	6.12.88 Lc

Entwurf des Rechnungslegungs-
gesetzes 1989; Begutachtungs-
verfahren - Stellungnahme

H. Bauer

In der Anlage beehrt sich der Rechnungshof, 25 Ausfertigungen
seiner Stellungnahme zum Gegenstand zu übermitteln.

Anlage

29. November 1988

Der Präsident:

Broesigke

Masche



RECHNUNGSHOF
3, DAMPFSCIFFSTRASSE 2

A-1033 Wien, Postfach 240
Tel. (0 22 2) 711 71/0 oder

Klappe Durchwahl

Fernschreib-Nr. 135 389 rh a
DVR: 0064025

Gleichschrift

An das

Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7
Postfach 63

1016 W i e n

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anführen.

Zl 2406-01/88

Entwurf des Rechnungslegungs-
gesetzes 1989; Begutachtungs-
verfahren - Stellungnahme

Der RH bestätigt den Erhalt des do Entwurfes und nimmt dazu wie
folgt Stellung:

Zum Art I Z 9:

=====

Zum § 183 Abs 3:

Entsprechend der Berechtigung des stillen Gesellschafters, eine
abschriftliche Mitteilung des Jahresabschlusses zu verlangen
(Abs 1), sollte in Abs 3 dem Gericht ermöglicht werden, die Mit-
teilung des Jahresabschlusses und nicht nur der Bilanz anzuordnen.

Zum § 189 Abs 1 (dritter Satz):

Zur Verdeutlichung dieses wichtigen Grundsatzes ordnungsgemäßer
Buchführung sollte nach den Worten "Entstehung und Abwicklung"
die Einfügung "zeit- und sachgeordnet" vorgenommen werden.

Zum § 192 Abs 4:

Der lediglich in den Erläuterungen gegebene Hinweis auf die Ein-
kommensteuerrichtlinien, in denen eine anerkannte mathematisch-
statistische Methode wiedergegeben wird, erscheint unzureichend.
Eine taxative oder zumindestens demonstrative Aufzählung dieser
Methoden erschiene vorteilhaft.

- 2 -

Zum § 209 Abs 1:

Der Begriff "Gesamtwert von untergeordneter Bedeutung" sollte durch die Bezeichnung eines Hundertsatzes näher bestimmt werden.

Zum § 220 Abs 3:

Nach "Bestätigungsvermerk" erscheint die Einfügung "über die Prüfung des Jahresabschlusses" zur besseren Verständlichkeit zweckmäßig.

Zum § 250 Abs 1:

So wie in § 221 Abs 1 erscheint es zweckmäßig, auch den gem § 267 vorgesehenen "Lagebericht" gleichzeitig mit dem Konzernabschluß vorzulegen.

Zum § 275 Abs 1:

Das an die Abschlußprüfer gerichtete Verbot, unbefugt Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu verwerten, sollte auch auf sonstige Geschäfts- und Betriebstatsachen erweitert werden, weil dadurch der Schutz der unternehmerischen Tätigkeit vergrößert werden könnte.

Zum Art II Z 11 und 13:

=====

Zum § 127 Abs 1:

In der mitübersendeten Textgegenüberstellung wurde in der Überschrift statt Lagebericht Geschäftsbericht verwendet.

Zum § 130 Abs 2:

Hier wäre nach § 229 Abs 2 "HGB" einzufügen.

- 3 -

Zum Art IX Abs 9:

In der ersten Zeile wäre nach § 224 Abs 1 "HGB" einzufügen.

Überdies wird aufmerksam gemacht, daß in der Textgegenüberstellung auf S 135 zu § 24 Abs 6 KWG bei der Zitierung des § 270 Abs 3 die Abkürzung "AktG" richtig "HGB" heißen müßte.

Hinsichtlich der Zitierung von Bundesgesetzblättern wird in Erinnerung gebracht, daß nach den Legistischen Richtlinien zuerst die Bundesgesetzblatt-Nummer und dann das Erscheinungsjahr anzuführen sind.

Von dieser Stellungnahme wird das Präsidium des Nationalrates ue in Kenntnis gesetzt.

29. November 1988

Der Präsident:

Broesigke

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

